

KGW's Rundschreiben

Deutschland, Europa und die Welt

Kraft seines Amtes versuchte **Olaf Scholz** mit „Basta“ die Minister Habeck und Lindner, die sich in einem permanenten Dauerstreit befinden, zu beruhigen. Solche Alleingänge spiegeln seine „Autorität“ wider und tun der Ampel-Koalition sicherlich nicht gut. Ob es die Änderung des Atomgesetzes ist oder die 24,9% Beteiligung (statt 35%) des chinesischen Staatskonzerns Cosco am Hamburger Hafen¹ oder aber der Verkauf der Fertigung des Dortmunder Chipherstellers Elmos; damit löst er Druck bei deutschen Ministern sowie in Brüssel aus. Er sollte sich aber über vorprogrammierten Gegendruck im Klaren sein. Bekannt ist nicht, ob er auf die entsprechenden „Akten“ wie zu Zeiten, als Hamburger Bürgermeister die Kürzel „Owd“ (Olaf will das) anbrachten. Die harmonische Verbindung zu Frankreich war einmal. Um den Zwist zu vergrößern, lehnte er die Bitte des französischen Präsidenten Macron ab, zum „Tagestrip“ nach China mitzufahren, denn das wäre eine wenn auch nur kleine Demonstration europäischer Einigkeit gewesen. Über den Sinn oder Unsinn dieser Reise gibt es unterschiedliche Meinungen. Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) Manfred Weber mahnt zum kommenden EU-Gipfel eine gemeinsame China-Strategie an. Die Außenministerin Annalena Baerbock kritisierte die Reise des Kanzlers und sofort kam die Retourkutsche von SPD-Fraktionschef Mützenich, der das als „unhöflich“ und „beispiellos“ einstufte. Wenn man 11 Stunden nach China fliegt, sich PCR-Tests gefallen lassen muss, dann ist in der großen Halle des Volkes an der Westseite des Tian'anmen-Platzes nicht viel Zeit für Gespräche. Auch wenn der chinesische Ministerpräsident Olaf Scholz mit militärischen Ehren empfing, interessiert es ihn wenig, ob Olaf Scholz die Politik Xi's in vielen Punkten ablehnt. Vielleicht regt es Überlegungen des Präsidenten zum Ukraine-Krieg an (um somit mäßigend auf Putin einzuwirken), mehr aber auch nicht. Wenn man beim G20-Gipfel auf Bali darüber spricht und Xi mäßigend auf Putin einwirkt, hätte dieser Punkt der Tagesordnung etwas gebracht. Einmischung anderer Länder in die eigene Politik (z.B. Taiwan) verbietet sich China grundsätzlich. Als einzigen Erfolg der Kanzlerreise kann man werten, dass der Biontech-Chef Ugur Sahin seinen Impfstoff zur Pandemiebekämpfung für Ausländer nach China liefern darf. Der zweite Schritt könnte die Zulassung für alle Chinesen sein. Ob sich der Ausflug nach China gelohnt hat, darf bezweifelt werden. Jedenfalls war man sich im Vorfeld darüber klar, dass man kein „Nachtgewand“ benötigen würde und man sich aufgrund des postwendenden Rückfluges nach Deutschland die horrenden Hotelkosten in China sparen konnte.

In Europa stieß die Kanzlerreise auf massive Kritik, weil der Bundesregierung Profitstreben der Konzerne vor das langfristige Interesse Europas unterstellt wurde. Deutschland (ohne Europa) ist zu klein, um sich gegen ein totalitäres China unter „Kaiser Xi“ zu behaupten. Man sollte sich die Beispiele der Sanktionierungen Australiens und Litauens bzw. das Gefügigmachen von Schwellenländern (über Kreditabhängigkeit) im Rahmen der Seidenstraße vor Augen führen. Nachdem China im Jahre 2001 Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO) wurde, haben sie weltweit mächtig investiert. Chinesische Investoren haben sich zwischen 2006 und 2021 an 442 deutschen Firmen beteiligt oder diese komplett übernommen. Darüber gibt es eine Studie von EY (Ernst & Young). Besonderes Interesse: Maschinenbauunternehmen, Konsumgüterindustrie,

¹ Oder einen Teil des 100-Mrd.-Euro-Pakets für die Bundeswehr in US-amerikanische und nicht in europäische Rüstungsprojekte zu investieren.

Autoindustrie und Elektrotechnik. Seit 6 Jahren ist China Deutschlands wichtigster Handelspartner. Laut dem Statistischen Bundesamt handelte man in 2021 Waren im Wert von 246 Mrd. €. Deutschland importierte in 2021 für 142 Mrd. € aus China und exportierte für 104 Mrd. € nach China. Für Deutschland sind Rohstoffe (z.B. Seltene Erden) von Interesse, während jedes dritte produzierte Auto von BMW, Mercedes und VW nach China transportiert wird. Aufgrund der großen Abhängigkeit von der Volksrepublik schaut Deutschland vorrangig durch die ökonomische Brille und vernachlässigt das politische Risiko. Um sich nicht von Amerika instrumentalisieren zu lassen, wäre eine neue China-Politik sinnvoll. Diese aber nicht als deutschen Alleingang unter dem Aspekt von Wirtschaftsinteressen, sondern mit einer gemeinsamen europäischen Stimme. Die Global-Gateway-Initiative (als Antwort auf die chinesische Seidenstraße) unter der Leitung von Ursula von der Leyen wäre eine solche Maßnahme gewesen, aber die stockte schon gleich nach der „Geburt“.

Es ist nicht so, dass der „Edelsozi“ Hubertus Heil Kernthemen, welche die SPD im Wahlkampf verkündete, nicht umsetzen konnte (Kurzarbeitsregelung, Rentenpaket, Mindestlohn). Beharrlich hält er an der „größten Sozialstaatsreform seit 20 Jahren“ (sein O-Ton), der **Bürgergeldreform** fest und - damit verbunden - der elektronischen Zeiterfassung. Die Union unterstützt, dass der Regelsatz ab dem 01.01.2023 von bisher 449 € auf 502 € monatlich angehoben wird. Die Hauptkritikpunkte sind die Karenzzeit von 2 Jahren für das Schonvermögen (150.000 € für eine vierköpfige Familie). Hier besteht die Gefahr, dass Bürgergeldbezieher (ohne eine Leistung zu erbringen) am Ende mehr Geld hätten als Erwerbstätige. Deutschland braucht Arbeitskräfte und Angebote zur Weiterbildung scheinen hier vernünftiger zu sein. Arbeitsforscher sagen, dass es umso schwieriger ist, wieder in den Job zurückzufinden, je länger die Arbeitslosigkeit dauert. Da es Miet- und Heizkostenzuschüsse gibt, kann man mit Fug und Recht behaupten, die Ampel überzieht beim Fürsorgegedanken. Wir brauchen Anreize für's Arbeiten und nicht dagegen. Das Bürgergeld wäre eine Umverteilung, die sich der Staat bei ohnehin leeren Kassen nicht leisten kann. Zwischenzeitlich hat die Ampelkoalition mit der Union eine Kompromisslösung gefunden, nach welcher Hartz IV zum 01.01.2023 verschwinden soll. Bundestag und Bundesrat stimmen am 25. dieses Monats über den ausgearbeiteten Kompromiss ab, so dass das Gesetz zum Bürgergeld ab dem 01.01.2023 in Kraft treten kann.

Die unsichere Energieversorgung vor der anstehenden Winterzeit haben Minister Habeck beflügelt, weltweit **Gas** einzukaufen. Das war sicherlich ein Grund mit, dass die Preise gestiegen sind. Die Situation heute ist, dass der Gesamtspeicherstand bei über 100% liegt. Obwohl die Großhandelspreise stark gesunken sind, müssen sich Unternehmen und private Haushalte auf deutlich gestiegene Gaspreise einstellen. Vor einigen Tagen gab die Analysefirma Vortexa bekannt, dass über 30 Tankschiffe mit Flüssiggas (LNG – Liquefied Natural Gas) vor den Küsten Europas schwimmen und weitere über den Atlantik nach Europa unterwegs sind. Es fehlen Regasifizierungsanlagen, die das flüssige Gas auf den Schiffen aufbereiten und in Pipelines pumpen, die es zu den jeweiligen Abnehmern bringen. Deutschland, Frankreich und Spanien wollen eine neue Verbindung bauen, aber die kann erst in einigen Jahren in Betrieb genommen werden. Die jetzigen Kapazitäten auszubauen, macht keinen Sinn, denn die vorhandenen Speicher in Europa fassen rund 100 Mrd. m³; das ist ausreichend für den Gesamtbedarf von 500 Mrd. m³ jährlich. Nur müssen die Bedarfe der EU-Staaten abgestimmt und gegebenenfalls untereinander ausgetauscht werden. Mit nur 194 Tagen Bauzeit wurde am 15. dieses Monats in Wilhelmshaven der erste Anleger für ein schwimmendes LNG-Terminal eingeweiht. Deutschland ist Nachzügler beim Import von Flüssiggas, weil man sich aus Kostengründen auf billiges russisches Gas verlassen

hat. Zur Erinnerung: 2021 verbrauchte Deutschland 90 Mrd. m³ Erdgas. Davon kamen 60 Mrd. m³ über Nord Stream 1 aus Russland bis nach Lubmin (Mecklenburg-Vorpommern). Bis 2026 sollen 7 FSRU (Floating Storage and Regasification Units) – schwimmende Terminals – in Betrieb genommen werden.

Bis Ende dieses Monats will die Bundesregierung das Gesetz zur Einführung der Gaspreisbremse beschließen. In diesem Zusammenhang muss die Frage erlaubt sein, was beispielsweise Verbraucher von Pellets bekommen. Auch diese Preise sind massiv gestiegen. Zur Erinnerung: Bevor der 200-Mrd.-Euro-Rettungsschirm als Gas- und Strompreisbremse aufgespannt wurde, gab es einen kleineren mit fast 100 Mrd. € für Tankrabatte, Kinderboni usw.. Spürbare Linderung für die Menschen, die es nötig haben, waren aber kaum zu erkennen. Viele Empfänger der Zahlungen brauchten sie nicht. Nicht zu vergessen, dass finanzierte Zahlungen Staatsschulden sind, die durch Steuererhöhungen oder andere Einsparungen aufgefangen werden müssen. Mit Kostenverteilung „füttern“ wir die Inflation. Diese wiederum führt bei Unternehmen und Haushalten zu höheren Steuerbelastungen.

Die Steuerschätzer sagen für die nächsten 3 Jahre 126 Mrd. € mehr **Steuereinnahmen** voraus. Für den Finanzminister ein Grund, das „solide finanzielle Fundament des Staates“ zu preisen. Diese Zahl ist geschminkt durch die Inflation und wird mit einem weiteren Trick ergänzt, indem in den Schminkkoffer des „Sondervermögens“ gegriffen wird. Deutschland glänzt mit seiner Staatsschuld in Relation zu den anderen Ländern in Europa, die diesen Spielraum nicht haben. Wir sind der Ansicht, dass die geplante Gaspreisbremse die Inflation erneut steigen lässt und die Staatsverschuldung anhebt. Aber wir haben ja auch noch die Wirtschaftsweisen, die als Sachverständigenrat (wie das Wort sagt) beratend auf die Regierung einwirken sollen. Denen fällt nichts Besseres ein, als zur Finanzierung der Energiekrise den Spitzensteuersatz zu erhöhen oder einen Energiesoli für Besserverdienende zu erheben. Sie glauben weiter an die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und halten die Gefahr einer Deindustrialisierung für sehr gering. Da Deutschland (nach Belgien) den höchsten Steuersatz in der EU hat, scheint uns diese Betrachtung sehr naiv. Wir sind vielmehr der Meinung, dass man diejenigen, die die „Karre der Wirtschaft“ ziehen, füttern muss und nicht zusätzlich melken. Sollten sich die Vorschläge realisieren, sagen wir ein Nachlassen der Investitionsbereitschaft und eine Verlagerung von Unternehmen ins Ausland voraus. Die Frage muss gestattet sein, ob einem solchen Gremium von „Wirtschaftsweisen“ die Lizenz entzogen wird und man das Geld der Steuerzahler sinnvoll anders verwenden kann.

In den ersten zwei Quartalen in 2022 sorgte der Nachholbedarf in Deutschland für Wachstum. Von da an ging's bergab! Schuld war der Ukrainekrieg, gestörte Lieferketten, Energiekrise, Lockdown in China, steigende Lebenshaltungskosten und vieles andere mehr. Deutschland schwankt zwischen Stagflation² und Rezession³ und kann sich glücklich schätzen, wenn das **Wirtschaftswachstum in 2022** nicht im Minus liegt. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit 1,4% Wachstum, im nächsten Jahr mit einem Minus von 0,4% und in 2024 mit einem Wachstum von ca. 2,3%. Die Inflationsrate sollte in diesem Jahr bei 8% (könnte aber auch zweistellig sein) und im nächsten Jahr bei 7% liegen. Deshalb haben laufende oder anstehende Lohn- und Gehaltsverhandlungen besondere Bedeutung. Ob der angekündigte 200-Mrd.-Euro-„Abweherschirm“ unterstützend wirkt und den Anstieg der Verbraucherpreise stoppt, wird sich zeigen.

² Stagflation beschreibt eine Situation, in der Stagnation und Inflation miteinander einhergehen.

³ Von einer Rezession spricht man, wenn mindestens zwei aufeinander folgende Quartale negative Wachstumsraten zeigen.

Über 30.000 Politiker aus 200 Ländern, Umweltschützer und –aktivisten waren im Badeort Scharm El-Scheich⁴, um zur Veränderung der **Klima**-Rezeptur beizutragen. Viele der Anwesenden waren überflüssig, zumal alleine deren An- und Abreise nicht zum CO²-Abbau beigetragen hat. Wir nehmen mal das beschämende Ergebnis der COP27 der Klimakonferenz vorweg, in der man sich zumindest auf eine gemeinsame Abschlusserklärung verständigte. Ein Abschied von Öl und Gas wurde nicht erwähnt, aber der Aufbau eines gemeinsamen Fonds zum Ausgleich von Klimaschäden in ärmeren Ländern (wie das ablaufen soll, wurde nicht gesagt, also kann man das als reine Worthülse bezeichnen). Bei solchen Massenveranstaltungen kommt es gut an, wenn man schwarz malt. Die Bundesaußenministerin: „Die Menschheit steuert auf den Abgrund zu.“ Oder der UN-Generalsekretär António Guterres: „Wir sind auf dem Highway zur Klimahölle – mit dem Fuß auf dem Gaspedal.“ Ansonsten viel bla bla und wenig handfestes. Auch künftig wird wahrscheinlich jedes Land unterschiedlich „sein Ding“ machen. Meinungsforscher von Civey⁵ haben in einer Umfrage ermittelt, dass nur noch 25% der Deutschen zuversichtlich in die Zukunft blicken; vor gut einem Jahr waren es noch 46%. Gründe sind die Klimaveränderung, der Ukrainekrieg, die Energiekrise und anderes mehr; daraus resultierend Abstriche von unserem künftigen Wohlstandsstatus. Im Klimaschutzindex 2023 liegt die Bundesrepublik Deutschland auf Rang 16 (in diesem Jahr noch auf Platz 13). Bewertet wurden die Bemühungen von 59 Ländern und der EU. Herausgegeben wurde der Index Mitte dieses Monats von den Umweltorganisationen Germanwatch und Climate Action Network sowie dem New Climate Institute. Erfasst werden 92% aller klimaschädlichen Treibhausgasemissionen. Wie auch im vergangenen Jahr bleiben die ersten drei Plätze leer, weil den Autoren zufolge kein Land genug für den Klimaschutz tut, um in allen Kategorien eine sehr gute Bewertung zu erzielen. Dänemark führt zum zweiten Mal in Folge das Ranking an, gefolgt von Schweden und Marokko. Es ist bekannt, dass die Politik ein „behäbiger Moloch“ ist und die Wirtschaft ihr mit Techniken zur Klimaverbesserung weit voraus ist. Vor gut 10 Jahren hat die Politik alles getan, um Photovoltaik „in den Boden zu stampfen“. Diese ist in 2022, genau wie Windräder, wieder auferstanden. In diesem Jahr wurden knapp 500 Mrd. € in erneuerbare Energien investiert; mehr als in die Erschließung von Gas- und Ölreserven. Viele Technologien helfen, den CO₂-Ausstoß zu senken. Die Greentech-Revolution hat Wasserstoff als das Öl von morgen auserkoren. Deutsche Windkrafthersteller stecken in der Krise und haben die Produktion ins Ausland verlagert. Nach Plänen der Ampelkoalition sollen bis 2023 2% der deutschen Landfläche reserviert werden. Bisher waren es 0,8%, aber genutzt wurden nur 0,5%. Um die Bremse in der Verwaltung zu lösen, tritt am 01.02.2023 das „Wind-an-Land-Gesetz“ in Kraft. Die Solar-Ausbauziele: Kapazität 2022 = 7 Gigawatt, 2026 = 22 Gigawatt. Da Solarpanele mehr Platz als Windräder benötigen, wird mancher Besitzer von Ackerland zusätzliche Ökostromrendite einstreichen (besonders in Bayern).

Stahl-, Edelstahl- und Rohstoffmärkte

Steigende **Rohstoffpreise** haben die Inflation nach oben getrieben. Die Notenbanken haben gegengesteuert und die Zinsen angehoben. Das Geschäftsklima ist trübe und hat auf die Nachfrage gedrückt. Ein leichter Rückgang der Rohstoffpreise war die Folge. Positive Stimmungsimpulse wären zu erreichen, wenn die Nachfrage anzieht. Im Augenblick sieht es nicht danach aus. Das Gespenst der Rezession kommt auf uns zu. Angesichts der Konjunkturerwartung sind

⁴ Scharm El-Scheich ist ein Badeort in Ägypten auf der Sinai-Halbinsel am Roten Meer. Sie ist Touristenzentrum 35.000 Einwohnern und gehört zum Gouvernement Süd-Sinai.

⁵ Civey steht für Citizen Survey und wurde 2015 in Berlin gegründet.

Einkommensverluste bei den Haushalten und Gewinneinbußen bei kleinen und mittleren Unternehmen zu erwarten.

Den Verlauf des **Nickel**-Preises zeigt die Tabelle. Kommt es dazu, dass die LME russisches Nickel nicht mehr handelt, ist mit einem Preisanstieg zu rechnen. Die Prognose bis Ende Januar 2023 ist aber ein leichter Preisrückgang, was für austenitische Stähle (z.B. 1.4301) einen gering abfallenden Legierungszuschlag (nachfolgend LZ) zur Folge hätte. Der Preisanstieg beim **Molybdän** lässt den LZ für stabilisierte Stähle (z.B. 1.4404) leicht steigen. Zum Januar 2023 wird er das Niveau nicht halten können. Der **Chrom**-Preis für das vierte Quartal 2022 ist leicht gesunken, was sich im Dezember-LZ widerspiegelt. Im Januar / 1. Quartal 2023 (Chrom-Preise werden quartalsweise festgelegt) wird der LZ wie im Dezember 2022 oder leicht nach oben ansteigen.

Fazit: Der Januar 2023 wird preislich so verlaufen, wie der Dezember 2022 aufgehört hat.

Währungen und Nickelpreise im Vergleich

Datum	Devisenkurs	Kassapreis	3 Monats-Preis	Nickel-Bestand / to	dt. Kassapreis
	€ / US-\$	Nickel (LME)	Nickel (LME)	LME	Nickel €/100 kg
02.01.2020	1,1213	14.075	14.165	153.318	1.258
04.01.2021	1,2296	17.344	17.403	247.980	1.410
04.01.2022	1.1370	20.730	20.610	101.256	1.839
01.02.2022	1.1206	23.300	22.750	89.364	2.069
01.03.2022	1.1222	25.450	24.900	78.162	2.281
01.04.2022	1.1114	32.800	32.750	72.390	2.969
03.05.2022	1.0512	30.910	31.025	72.768	2.933
01.06.2022	1.0723	27.710	27.800	71.472	2.588
01.07.2022	1.0453	21.650	21.700	66.498	2.074
01.08.2022	1.0220	24.025	24.150	57.978	2.348
01.09.2022	1.0054	20.525	20.585	54.540	2.052
03.10.2022	0.9808	21.575	21.600	52.374	2.209
01.11.2022	1.0048	22.705	22.850	52.026	2.284
24.11.2022	1.0376	26.160	26.400	51.402	2.513

Legierungszuschläge für rostfreie Bleche und Bänder

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan
	2022		2022		2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.067	06/22	1.358	1.110	1.067	1.081	1.186	1.339	1.358	1.254	1.156	1.121	1.154	1.114	1.018	↑
4301	01/22	2.450	05/22	3.844	2.450	2.476	2.660	3.251	3.844	3.219	3.143	2.731	2.584	2.645	2.676	2.687	↓
4404	01/22	3.690	05/22	5.559	3.690	3.758	3.995	4.783	5.559	4.741	4.613	4.098	3.843	4.001	4.183	4.230	↓
4509	01/22	1.280	06/22	1.566	1.280	1.285	1.297	1.403	1.549	1.566	1.459	1.358	1.321	1.352	1.308	1.217	↑
4521	09/22	1.944	06/22	2.343	1.950	1.946	1.957	2.102	2.300	2.343	2.182	2.080	1.944	2.054	2.142	2.065	↑
4539	01/22	6.590	05/22	10.243	6.590	6.772	7.252	8.780	10.243	8.527	8.378	7.386	6.894	7.186	7.590	7.783	↓
4571	01/22	3.750	05/22	5.696	3.750	3.815	4.058	4.881	5.696	4.856	4.728	4.192	3.932	4.087	4.263	4.307	↓

Legierungszuschläge für Präzisionsband

W-Nr.	Tiefste LZ		Höchste LZ		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan
	2022		2022		2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2023
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
4016	02/22	1.280	06/22	1.630	1.330	1.280	1.297	1.421	1.607	1.630	1.504	1.386	1.345	1.385	1.337	1.222	↑
4301	01/22	2.940	05/22	4.614	2.940	2.971	3.192	3.899	4.614	3.852	3.770	3.277	3.101	3.174	3.211	3.224	↓
4310	01/22	2.770	05/22	4.295	2.770	2.795	2.993	3.636	4.295	3.619	3.529	3.074	2.945	3.013	3.026	3.011	↓
4404	01/22	4.430	05/22	6.671	4.430	4.510	4.794	5.734	6.671	5.674	5.534	4.916	4.612	4.801	5.020	5.076	↓

Edelstahlschrott

W-Nr.	Tiefste		Höchste		Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez
	2021		2021		2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022	2022
	Monat	€/to	Monat	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to	€/to
Cr-Stähle (VF*) z.B. 4016	01/ 21	380	12/21	625	640	720	760	800	730	600	380	400	420	430	430	
Ni-Stähle (V2A*) z.B. 4301	01/21	1.300	12/ 21	1.860	2.050	2.150	2.250	2.450	1.700	1.600	1.050	1.300	1.120	1.200	1.420	
Cr-Ni-Mo- Stähle (V4A*) z.B.4404/4571	01/21	1.740	12/ 21	2.650	2.850	3.000	3.100	3.300	2.450	2.350	1.570	2.000	1.900	2.100	2.280	

*) Markennamen ThyssenKrupp Nirosta / Outokumpu Nirosta

Das KGW-Team